

im Interesse der Herstellung einer Atmosphäre des Vertrauens unter den Deutschen: Veranlassen Sie, daß alle politischen Gefangenen in der Bundesrepublik, die für ihre antimilitaristische, demokratische und sozialistische Überzeugung eingekerkert sind, unverzüglich ihre Freiheit wiedererhalten und die Verfolgung von Organisationen und Vereinigungen, die für Abrüstung und für die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten eintreten, aufhört.“

### 29. 5.1956

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Die Regierung unterbreitet acht Vorschläge zur deutschen Entspannung und schlägt erneut Verhandlungen zwischen Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik vor.

„Die Deutsche Demokratische Republik ist nach wie vor zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik bereit. Wir erwarten, daß die Abgeordneten des Bundestages unsere Vorschläge ernsthaft prüfen und die Bundesregierung zu gemeinsamen Besprechungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verpflichten. Die Besprechungen könnten sich als erste Aufgabe die Prüfung der beiderseitig aufgeworfenen Fragen durch eine aus Vertretern beider Staaten bestehende Kommission stellen.“

### 29.5. 1956

Entschließung der Volkskammer zur Regierungserklärung.

„Sie begrüßt und befürwortet die unterbreiteten Vorschläge zur innerdeutschen Entspannung:

1. daß sich beide deutschen Staaten verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen und eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte treffen;
2. daß sich beide Regierungen gemeinsam oder getrennt für das Verbot der Stationierung von Atomkanonen und anderen Atomwaffen auf deutschem Boden einsetzen;
3. daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten, der Magistrat von Groß-Berlin und der Westberliner Senat gemeinsam Einspruch gegen die Einschränkung der Souveränität, wie sie durch die Existenz von Spionagezentralen ausländischer Mächte auf Westberliner Boden gegeben ist, erheben;